

Klimaliste fordert teureres Anwohnerparken

Bis 2025 möge die Stadt die Gebühren jährlich um 60 Euro anheben, heißt es in einem Antrag. Derzeit kostet das Anwohnerparken 30,70 Euro pro Jahr.



Anwohner-Parken und Parkscheiben-Parken im Wiembachviertel. FOTO: LH

LEVERKUSEN |(LH) Die Deutsche Umwelthilfe hatte Ende des vergangenen Jahres gefordert, die Städte, die es bisher noch nicht getan haben, mögen die Anwohnerparkgebühren im

Sinne der Mobilitätswende erhöhen, wie es der Gesetzgeber seit einigen Jahren erlaube. Nun stößt auch die Klimaliste in Leverkusen mit einem Antrag in diese Richtung.

„Die zuständigen Gremien der Stadt mögen bitte beschließen, die Bewohnerparkgebühren auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen nach den rechtlichen Möglichkeiten anzupassen“, schreibt Klimalisten-Ratsherr Benedikt Rees in einem Antrag.

Der Bundesrat habe im Juni 2020 dem vom Bundestag im vorausgegangenen Mai verabschiedeten entsprechenden Gesetz zugestimmt. So könnten die Länder nun „den Gebührenrahmen für Bewohnerparkausweise anpassen“, merkt Rees in der Begründung an.

Diese Ermächtigung könnten die Länder an die Kommunen übertragen. „Dies ist geschehen. Die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS) schlägt daher eine rechtskonforme gestaffelte Preiserhöhung auf 60 Euro pro Jahr ab 2023, auf 120 Euro pro Jahr ab 2024 und auf 260 Euro pro Jahr ab 2025 vor“, meldet der Ratsherr weiter.

Mit dem Thema werden sich demnächst dann die politischen Gremien in Leverkusen befassen. Die Stadt hatte auf eine Anfrage unserer Redaktion kürzlich gesagt, vorerst werde nicht an den Gebühren von derzeit 30,70 Euro pro Jahr gerüttelt, weil derzeit in vielen anderen Lebensbereichen die Kosten nach oben geschossen seien.

Im Hintergrund liefen bei der Verwaltung aber Überlegungen. Frühestens im Sommer könnte die Stadt mit der Politik dazu in „Dialog treten“, formulierte eine Stadtsprecherin. Je nach Ergebnis dieses Dialoges könne es im Herbst dann ein entsprechendes Beratungspapier für die Politik geben.

Durch Rees' Antrag steht das Thema jetzt früher auf der Tagesordnung.